



Der Präsident des Landtags		
18. 10. 2019		
Präsident	Direktorin	Bürol. Präs.
Abt. <i>D</i>	Abt. P	Abt. K
WD	AZ	

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

29 *AS*
Svenja Schulze
Bundesministerin
TEL +49 3018 305-2000
FAX +49 3018 305-2046
maileingang@bmu.bund.de
www.bmu.de

Berlin, 15. Okt. 2019

Sehr geehrter Herr Präsident, *liebes Herr Hering,*

für Ihr Schreiben vom 19. September 2019, in dem Sie über die aktuellen Beschlüsse des Oberrheinrates informieren, bedanke ich mich.

Dass der Klimawandel und seine Auswirkungen für mich und mein Haus dringliche Themen sind, brauche ich angesichts der aktuellen Diskussion sicherlich nicht näher auszuführen. Wir sind hier auf Unterstützung von allen Ebenen angewiesen. Daher begrüße ich die Beschlüsse des Oberrheinrates ausdrücklich.

Die von meinem Haus federführend entwickelte und nun sukzessive umgesetzte Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) greift die in den Beschlüssen des Oberrheinrates genannten Aspekte auf nationaler Ebene bereits auf. Die Websites des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes informieren dazu im Einzelnen.

Ich stimme Ihnen zu, dass die Herausforderungen des Klimawandels auch grenzüberschreitend betrachtet werden müssen, insbesondere in internatio-





Seite 2

nalenen Flussgebieten wie dem Rhein. Das Thema spielt daher auch im Rahmen des zurzeit diskutierten neuen Programms „Rhein 2040“ der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) eine wichtige Rolle. Es wird unter anderem Ziele und Aufgaben in Bezug auf Hoch- und Niedrigwasser festlegen, um das Einzugsgebiet klimaresilient zu entwickeln. Das Programm soll von der Rheinministerkonferenz im Februar 2020 in Amsterdam verabschiedet werden.

Die von Ihnen genannten Maßnahmen der Akteure im Oberrheinrat sind in meinem Haus bekannt und werden auf internationaler Ebene in die Diskussionen einbezogen.

Den Beschluss zur Sondermülldeponie Stocamine haben Sie auch dem baden-württembergischen Umweltministerium zukommen lassen, das insoweit der vorrangige Ansprechpartner ist. Das Regierungspräsidium Freiburg ist in Bezug auf die Auswirkungen dieser Deponie auf den Grundwasserschutz bereits seit Jahren mit den französischen Behörden in Kontakt. Die deutsche Delegationsleiterin in der IKSR, eine Mitarbeiterin meines Hauses, wird ihren französischen Kollegen darauf auch noch einmal ansprechen.

Mit freundlichen Grüßen

